

Terrorismusexperten: Zur ideologischen Konstruktion von politischer Gewalt

Thomas Riegler

Abstract

Eine Riege bestimmter Experten erfüllt eine wesentliche Rolle bei der Konstruktion, Analyse und Kennzeichnung von Terrorismus. Als „Meinungsmacher“, „Multiplikatoren“ und „Talking Heads“ wirken sie substantziell daran mit, wie politische Gewalt in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Sie identifizieren, klassifizieren und kommentieren die terroristische „Bedrohung“, bereiten diese für die Öffentlichkeit auf und präsentieren Optionen für Prävention, Verteidigung, Abwehr, etc. Vor allem aber „rahmen“ sie den Terrorismus „ein“, machen das Phänomen zugänglich und üben so eine wesentliche Deutungsmacht darüber aus, wie man der Gefahr begegnen könne und welche Herausforderungen man in Zukunft zu erwarten habe.

1. Einführung

Die Anthropologen Joseba Zulaika und William Douglass haben die „Einrahmung“ und Kontextualisierung von Terrorismus durch „Meinungsmachern“, „Multiplikatoren“ und „Talking Heads“ so auf den Punkt gebracht: „We are writing ‚terror‘. We are asked, commanded, paid to do so; we are intrigued and fascinated by it; the challenge is professional and intellectual; at times even our very souls seem to be at stake.“ Terrorismus als Thematik im öffentlichen Diskurs ist also Ergebnis des Outputs von „Ideensystemen“ – Netzwerken unterschiedlicher „Denkfabriken“, „Experten“, Kolumnisten, Medienorganisationen, usw. Alexander George spricht an dieser Stelle von einer eigenen Disziplin („Terrorlogy“); Edward S. Herman und Gerry O’Sullivan bevorzugen den Ausdruck „Kulturindustrie“, um diese systematische „Produktion“ und den „Verkauf“ bestimmter Info-Perspektiven auf Terrorismus zu beschreiben.

Ein gewichtiger Teil dieser Terrorismus-Meinungseliten ist in sogenannten „Think Tanks“ organisiert. Die „Denkfabriken“ sind nach geschützten Räumen benannt, in denen Wissenschaftler und Militärplaner während des Zweiten Weltkrieges die besten Strategien ausarbeiteten. Diese „Denkfabriken“ sind nach geschützten Räumen benannt, in denen Wissenschaftler und Militärplaner während des Zweiten Weltkrieges die besten Strategien ausarbeiteten. Die modernen Think Tanks begreifen sich in ganz ähnlicher Weise als „Ideenmakler“ für das politische Tagesgeschäft, die Expertise, Analyse und Beratung zur Verfügung stellen. Laut „Foreign Policy“ existieren mittlerweile 5.465 solcher Einrichtungen in 170 Ländern weltweit (1.872 davon finden sich in den USA). Die Think Tanks haben nicht nur großen Anteil an der Produktion von „Wissen“ und „Analyse“ zum Terrorismus, sondern sorgen auch für dessen Distribution. Die von ihnen beschäftigten Experten oder „Terrorlogen“ bilden ein praktisch „geschlossenes“ Diskurssystem: Sie zitieren sich gegenseitig, belobigen die Publikationen der jeweils

anderen mit wohlmeinenden Besprechungen und erhöhen damit wechselseitig ihren Status als „Experten“. Auch nehmen sie an denselben Terrorismus-Hearings und Konferenzen teil, die von der Regierung oder dem Privatsektor gesponsert werden. Alexander George hat deshalb von einer eigenen Disziplin, der „Terrorlogie“ gesprochen. Edward S. Herman und Gerry O’Sullivan wählten den Ausdruck „Kulturindustrie“, um diese „Produktion“ und den „Verkauf“ bestimmter Info-Perspektiven auf Terrorismus zu beschreiben.

Ein gewisser „Korpsgeist“ oder Rollenverständnis als „Meinungskrieger“ wird an einem Zitat von Christopher Dobson und Ronald Payne, zwei Terrorismusexperten der „Sunday Times“ in den 1980er Jahren, deutlich: „Jene von uns, die Terrorismus untersuchen und seine Entwicklung erklären, befinden sich in der Frontline des Kampfes dagegen.“ Dieser „Beitrag“ zum Kampf gegen den Terrorismus besteht im Verfassen von Kolumnen, „On Air“-Kommentatoren im TV oder der Teilnahme an öffentlichen Foren. Dieser Output wird von den Medien aufgegriffen und von diesen oft ohne Eigen-Recherchen und ungefiltert wiedergegeben, da für ein kritisches Gegenchecken der Fakten selten genügend Zeit bleibt. Da es sich nach außen hin ja um „unabhängige“ Forschungs-Institute mit „respektablen“ Fachleuten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft handelt, ist das von den Think Tanks aufbereitete Material mit zusätzlicher Glaubwürdigkeit ausgestattet.

Die Tatsache, dass viele dieser Einrichtungen ein Naheverhältnis zum Sicherheitsapparat und den Geheimdiensten pflegen und von diesen mit Informationen „gefüttert“ werden, wird keineswegs kritisch hinterfragt, sondern wertet sie als Quelle zusätzlich auf. Der britische Journalist Kevin Toolis meinte dazu kritisch: „Die glamouröse Seite von Anti-Terrorismus kommt von daher, dass Teile der Recherche aus geheimer oder privilegierter Information stammt, entweder von Überwachung oder dem Verhör von Terrorverdächtigen. Aufgrund der Tatsache, dass Polizei-Verhörpersonal selten Soziologen sind, ist es fragwürdig, ob solches Material, aus zweiter Hand übermittelt, irgendwelche besonderen Einsichten in die zukünftige politische Strategie und die Taktiken irgendwelcher terroristischen Organisationen liefern kann.“ Die Elaborate der „Terrorismus-Industrie“ finden weitgehend ungefiltert Eingang in den öffentlichen Diskurs, strukturieren diesen und lenken ihn entlang gewisser „Bahnen“. Somit entsteht etwas, das im CIA-Jargon „Mighty Wurlitzer“ genannt wird: Immer gleiche Botschaften werden auf möglichst vielen Kanälen so lange wiederholt, bis darüber „common sense“ herrscht. Ein bestimmter Meinungskomplex nimmt dann eine hegemoniale Stellung ein, alternative Ansichten werden marginalisiert und erscheinen abwegig.

Es lohnt sich, auf diese strategische Rolle von „Experten“ und Think Tanks die Theorie kultureller Hegemonie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci anzulegen. Anknüpfend an Marx’ Diktum, wonach das Sein das Bewusstsein bestimmt oder die Gedanken der herrschenden Klasse „in jeder Epoche die herrschenden Gedanken“ sind, hatte Gramsci festgestellt, dass die Macht des Systems vor allem darin

bestehe, eine „Deutung“ oder „Weltsicht“ durchzusetzen. Gerade den Intellektuellen kommt hierbei eine wichtige Funktion zu: Als „Gehilfen der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie“ schaffen sie Hegemonieapparate (Think Tanks, Hochschulen, Wirtschaftsverbände) und setzen ihre Definitionsmacht ein, um die „bestimmenden Begriffe und Vorstellungen“ einer Lebensweise zu konzipieren. Im Falle des „War on Terror“ ist genau dies geschehen: Die neokonservativen Denkschulen und ihre Vertreter haben schon Jahre vor dem 11. September 2001 an der Konsensbildung zur Notwendigkeit von Regimewechsel im Irak, „vorbeugenden“ Militärschlägen und einer künftigen neo-imperialen Rolle der USA gearbeitet, die Terroranschläge boten ein ideales „policy window“, um diese Ideen offensiv in die Gestaltung der Post-9/11-Außenpolitik einzubringen.

Im folgenden Abschnitt soll versucht werden, diese Durchsetzung einer spezifischen Sicht auf Terrorismus durch den Zusammenhang von politischen Entscheidungsträgern, Think Tanks und anderen Multiplikatoren exemplarisch nachzuvollziehen. Im Zentrum steht dabei der US-amerikanische Terror- und Antiterrordiskurs, wobei zwei Phasen miteinander in Bezug gesetzt werden: Der „War on Terror“ der Reagan-Administration gegen einen von der Sowjetunion „gesteuerten“ Terrorismus und dem gegenwärtigen Kampf gegen den radikal-islamistischen Terror. In beiden Fällen gibt es große Übereinstimmung, was die Analyse des „Feindes“, die darauf aufbauenden Handlungsoptionen und die politische Rechtfertigung betrifft: (1.) Die Fixierung auf einen angeblichen „Nexus“ zwischen Terroristen und „Schurkenstaaten“. Weil Terrorismus komplex und schwierig sei, hätten Terroristen fast immer die Unterstützung einer Regierung benötigt. Wo das nicht der Fall gewesen sei, hätten diese nicht lange überleben können. (2.) Die Stilisierung von Kommunismus und „Islamofaschismus“ zu einer monolithischen, „totalitären“ Bedrohung der „Freiheit“ und (3.) die Bereitschaft zu Vergeltungsmaßnahmen gegen die staatlichen Sponsoren und stärkerer geheimdienstliche Zusammenarbeit untereinander, bei gleichzeitigem Ausschluss von Handlungsalternativen.

Die zentrale These lautet nun, dass dieselben Schablonen, ideologischen Deutungsmuster und Reaktionsrezepte vom Kalten Krieg auf den gegenwärtigen Konflikt mit dem islamischen Terrorismus verschoben wurden bzw. dass die Ereignisse des 11. September 2001 ermöglichten, lang gehegte Vorstellungen über den Einsatz amerikanischer Macht praktisch umzusetzen. Das so angenommene Nahverhältnis zwischen den Terror- und Antiterrorkonzeptionen der 1980er Jahre und der Post-9/11-Periode soll anhand von „Produktion“, Kontextualisierung und Verbreitung durch Think Tanks, „Terrorismusexperten“ und anderen verbündeten Multiplikatoren nachgezeichnet werden.

2. Terrorismusforschung im Kalten Krieg

Die „Terrorismus-Industrie“ produzierte in großem Ausmaß Literatur, Artikel und Kolumnen, um den Nexus zwischen der Sowjetunion und Terrorismus mit „Fakten“ zu belegen: „Die Russen versorgen die Guerilla-Bewegungen mit der Infrastruktur des Terrors – mit Geld, Waffen, Know-how und den Propagandainstrumenten, die erforderlich sind, um die Mitglieder ideologisch zu motivieren“, befand etwa Ray S. Cline vom „Zentrum für strategische und internationale Studien“ an der Georgetown University. Am einflussreichsten dürfte die Publikation „The Terror Network“ (1981) von Claire Sterling gewesen sein. Die Autorin, eine Korrespondentin für die „New York Times“, „Newsweek“, „Harper’s“ und den „Daily American“, die in Rom lebte und im Ruf stand, über exzellente Beziehungen zu den italienischen und amerikanischen Geheimdiensten zu verfügen. Spätestens nach der Veröffentlichung von „The Terror Network“ war Sterling eine wissenschaftliche Koryphäe auf dem Gebiet der Terrorismusforschung. Die Stoßrichtung ihres Buches deckte sich mit den politischen und ideologischen Zielsetzungen der Reagan-Ära: Über Mittelsmänner wie die palästinensische Radikale oder „Satelliten“ wie Kuba, Südjemen oder Libyen (dessen Staatschef Gaddafi sie als „Heiligen Nikolaus des Terrorismus“ bezeichnete) würde Moskau, so Sterling, eine „furchterregende Geheimarmee“, bestehend aus praktisch allen linksradikalen Terrorgruppen, logistisch unterstützen bzw. sie mit ihren Agenten und Spionen unterwandern. „Herzstück der sowjetischen Strategie ist es, das weltweite Netz des Terrorismus mit all jenen Gütern und Serviceleistungen zu versorgen, die dieses braucht, um die westlichen Demokratien zu unterminieren“, so die Autorin. Bestehend aus den „Polen“ Kuba, arabischen Nationen und europäischen Gruppen sei ein „Dreieck“ gegründet worden, mit dem Zweck, Terrorismus „global“ durchzuführen: Moskau habe praktisch „eine geladene Pistole auf den Tisch gelegt und es anderen überlassen, nun weiterzumachen.“ In ihrer Schlussbetrachtung bemühte sich Sterling, das Motiv der Sowjetführung herauszustreichen – die Unterminierung der westlichen Demokratien: „Der Hauptwert der Terroristen für den Kreml lag in ihrem energischen Bemühen, die demokratischen Gesellschaften zu schwächen und zu demoralisieren, zu verwirren, zu demütigen, in Angst zu versetzen, zu lähmen und wenn möglich zu demontieren.“

Obwohl diese Schlussfolgerungen nur äußerst dünn und widersprüchlich belegt waren, passte Sterlings Publikation ideal zur außenpolitischen Linie der Reagan-Administration. Laut Noam Chomsky war „The Terror Network“ deren „Bibel“ und wurde von ihren Amtsträgern dazu benutzt, die Rolle der Sowjetunion im internationalen Terrorismus zu belegen. CIA-Direktor William Casey, der von Ex-Präsident Richard Nixon auf das Buch aufmerksam gemacht worden war, zählte zu seinen begeistertsten Lesern. Den eigenen Experten vom Office of Soviet Analysis, die nach Caseys Meinung zu moderate Ansichten hegten, schleuderte er bei einer Gelegenheit entgegen: „Lesen Sie Claire Sterlings Buch und vergessen Sie diesen Unsinn. Ich habe \$12,95 dafür ausgegeben und es hat mir bessere Informationen geliefert als Ihr Bastarde, denen ich 50.000 Dollar im Jahr bezahle.“ Ein Recherche-Team des Geheimdienstes, das die Faktenlage von „The Terror Network“ überprüfte, kam dennoch zum gegenteiligen Schluss: Das Buch enthielt „größtenteils nur Falschinformationen“, die von der CIA selbst

in Umlauf gebracht worden waren. Eine von Sterlings Quellen, ein italienischer Pressebericht über die Roten Brigaden, hatte zu einer verdeckten Propaganda-Operation gehört, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollte, Italien wäre kurz davor, in einem Strudel politischer Gewalt zu versinken, was wiederum auf sowjetischen Einfluss zurückgeführt wurde. Die Desinformation hatte regelrecht „zirkuliert“: So war der Vorabdruck von „The Terror Network“ zu Außenminister Haig gelangt, der dann zu dem Thema die Pressekonferenz gab und einen Kommentar für die „New York Times“ schrieb, der wiederum in der fertigen Ausgabe von Sterlings Buch aufschien.

Die „Terrorismusindustrie“ war nicht nur dafür verantwortlich, die Vorwürfe gegen die Sowjetunion zu kontextualisieren, produziert Wissen diente auch dazu, Handlungsoptionen für eine effektive Antiterror-Politik aufzubereiten und damit die Öffentlichkeit zu besetzen. Nachdem ausländische Einrichtungen der USA ab 1983 regelmäßig zum Ziel von terroristischen Attentaten wurden, hatte Ronald Reagan einen „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“ proklamiert. Im Visier waren nicht so sehr die verschiedenen arabischen Terrorgruppen, sondern deren staatliche „Sponsoren“: Libyen, Syrien, Iran und der Irak. Vor allem die Krise mit Libyen, das als eine sowjetische „Marionette“ galt, zog sich bereits mehrere Jahre hin. 1981 hatten Gerüchte über ein Mordkomplott gegen Reagan Washington in Atem gehalten, gefolgt von einem militärischen Nervenkrieg vor der libyschen Küste. Die Debatte über das Für und Wider von militärischen Vergeltungsschlägen hatte diese Ereignisse ständig begleitet, aber in der Administration war lange kein Konsens erzielt worden.

Flankierend zu diesen regierungsinternen Streitereien – vor allem zwischen dem vorsichtig-skeptischen Verteidigungsminister Caspar Weinberger und dem auf Aktion drängenden Außenminister George Shultz – fand im Juli 1984 eine weitere Konferenz des Yonathan Institute to Fight Terror statt, diesmal in Washington. Wie schon 1979 sollte diese Veranstaltung wesentlich dazu beitragen, den öffentlichen Diskurs in Sachen Antiterrorpolitik in eine bestimmte Richtung zu lenken – stand doch die Konferenz unter dem Motto „Terrorism: How the West can win“. Das Podium war bunt gemischt – mit den liberalen Medienvertretern Ted Koppel, Daniel Schorr und Bob Woodward, sowie hochkarätigen Politikern wie US-Außenminister George Shultz, der neokonservativen UN-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick und dem israelischen Premier Yitzhak Rabin. Vor dem Hintergrund der terroristischen Gewaltwelle gegen die USA erfüllte die Konferenz zwei Ziele: Die Anklage gegen die Sowjetunion und ihre Alliierten, den Terrorismus zu unterstützen, wurde erneuert; gleichzeitig strich man militärische Gewalt als effektivstes Mittel einer „muskulösen“ Anti-Terrorpolitik heraus.

Genau dies war das Herzstück der Argumentation von Außenminister George Shultz, der sich in seinem Beitrag auf die Sowjetunion einschoss: „If freedom and democracy are the targets of terrorism, it is clear that totalitarianism is its ally. [...] The Soviet Union use terrorist groups for their own purposes, and their goal is always the same: to weaken liberal democracy and undermine world stability.“ Danach referierte

der Außenminister seinen Standpunkt, wonach passive Verteidigung keine Abschreckung gegen Terroristen oder deren Sponsoren bieten würde. Es sei an der Zeit, über „aktivere Verteidigungsmittel“ nachzudenken, wie etwa Präventivschläge gegen Terrorgruppen, bevor diese zuschlagen könnten. Was die Verbreitung dieser Botschaft anging, so fand Shultz lobende Worte für den Tagungs-Veranstalter und beleuchtete damit einmal mehr die informationsstrategische Bedeutung von Think Tanks: „Vor allem dank der Anstrengungen von besorgten Regierungen und von Privatorganisationen wie dem Jonathan Institute haben die Völker der freien Welt schließlich damit begonnen, sich mit dem Problem des Terrorismus auseinander zu setzen, sowohl auf der intellektuellen als auch auf der praktischen Ebene.“ Die Ergebnisse der Konferenz flossen in ein gleichnamiges Buch, das von Benjamin Netanjahu, dem damaligen israelischen UN-Botschafter und Organisator des „Jonathan Institute to fight terrorism“, mit einem Essay eingeleitet wurde. Für eine öffentlichkeitswirksame Verbreitung dieser zentralen Botschaften wurde natürlich Sorge getragen: „Die Beiträge zu dieser Konferenz habe ich unter dem Titel Terrorism. How The West Can Win als Buch herausgegeben und selbst einen Essay beigesteuert. Darin begründete ich die Notwendigkeit direkter militärischer Aktionen gegen Terrorstaaten. [...] Dieser Essay wurde vom Nachrichtenmagazin Time vorabgedruckt und von führenden Mitgliedern der US-Regierung gelesen. Manche Kommentatoren in der arabischen Presse haben daraufhin versucht, mir die ‚Schuld‘ für einige der späteren Aktionen der USA gegen Terrorstaaten anzulasten.“

Im Zentrum von Netanjahus eigenem Konferenzbeitrag stand die bereits bekannte Position von einem gesponserten terroristischen „Stellvertreterkrieg“ gegen die Demokratien des Westens. Er stellte dem Terrorismus politische und soziale Wurzeln in Abrede und lenkte dafür den Blick auf die Rolle von staatlichen Sponsoren: Ohne deren logistische Hilfe mit Pässen, Geld und Waffen sowie sicherem Unterschlupf sei eine solche konzertierte Kampagne nicht aufrechtzuerhalten. „International terrorism is not a sporadic phenomenon born of social misery and frustration. It is rooted in the political ambitions and designs of expansionist states and the groups that serve them. Without the support of such states, international terrorism would be impossible.“ Als eine effektive Antiterrorpolitik umriss Netanjahu eine Kombination aus politischem Druck, wirtschaftlichen Sanktionen und militärischen Vergeltungsschlägen, die, wenn nötig, auch unilateral erfolgen könnten. Eine entschiedene Antwort sei auf lange Sicht gesehen der einzige Weg, Staaten davon abzuschrecken, terroristische Killer loszuschicken („They need to know, they must know, that the West will not sit back and take it“). Darüber hinaus unterstrich Netanjahu die Notwendigkeit von moralischer Eindeutigkeit in der Auseinandersetzung: „The choice is between a free society based on law and compassion and a rampant barbarism in the service of brute force. Confusion and vacillation facilitated the rise of terrorism. Clarity and courage will ensure its defeat.“

„Time“ sollte Netanjahus Text nicht umsonst mit dem Höhepunkt der Krise zwischen den USA und Libyen als „Special“ abdrucken. Spätestens 1986 hatten sich nämlich die Befürworter von Militärschlägen durchgesetzt: Als Vergeltung für ein Attentat auf US-Streitkräfte in Westberlin wurden

am 14. April die libyschen Städte Tripolis und Benghazi bombardiert. Das Bombardement blieb jedoch eine singuläre Episode, aber die Idee, wonach terroristischer Gewalt mit militärischen Vergeltungsschlägen zu begegnen sei, wirkte dennoch formatierend für spätere Diskussionen zur selben Thematik. Die Antwort der USA auf 9/11 wurde im Wesentlichen von Ideen geleitet, die bereits in den 1980er Jahren gehegt worden waren, aber im Unterschied dazu nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgt wurden: Die Widerstände und Einwände der Verteidigungsbürokratie gaben den Ausschlag. Nach dem Desaster zur Befreiung der iranischen Geiseln (1980) hatte das Pentagon kein Vertrauen in den Erfolg „zupackender“ Antiterrormaßnahmen. Außerdem zeigte sich anhand des quantitativen Anwachsens der von Libyen gesponserten Terroranschläge nach 1986, dass die Vergeltungsschläge eben nicht „abschreckend“ gewirkt hatten, sondern im Gegenteil neue Gewalt provozierten. Oberst Gaddafi wurde durch diplomatische Sanktionen, wirtschaftliche Isolation und selbstverschuldete Desaster, wie das Scheitern der Tschad-Invasion dazu gebracht, seinen konfrontativen Kurs in den 1990er Jahren zu revidieren und in die „Weltgemeinschaft“ zurückzukehren. Aber jene friedlichen Optionen waren von der „Terrorismusindustrie“ ohnehin immer als „zahnlos“ diskreditiert und verworfen worden. Selbstverständlich hätte auch die Regierung von George W. Bush nach 9/11 die Möglichkeit gehabt, eine Lösung durch internationale Zusammenarbeit mit den Mitteln von Verbrechensbekämpfung und Polizeiarbeit anzustreben. Stattdessen erklärte man einen „War on Terror“ und setzte damit jene Ideen zum ersten Mal voll in die Praxis um, die seit Ende der 1970er Jahre, damals noch für den Kampf gegen den Kommunismus, geprägt worden waren.

3. Die Rechtfertigung des Irakkrieges

Auch im Falle des aktuellen „War on Terror“ spielten Terrorismusexperten eine Schlüsselrolle bei der argumentativen Rechtfertigung des Krieges. Der Verweis auf den Irak gründete sich auf die Auffassung von Terrorismus als staatlich gesponserten Stellvertreterkrieg. Dieses Bedrohungsszenario war deshalb so brisant, weil angeblich die Möglichkeit bestand, dass der irakische Diktator „Massenvernichtungswaffen“ an die Terroristen weitergeben könnte. Innerhalb der Neokonservativen waren auch viele fest davon überzeugt, dass der Irak aktiv in den 11. September 2001 und das vorangegangene Attentat auf das World Trade Center (1993) verwickelt gewesen sei. In diesem Zusammenhang erfüllte eine Publikation der Nahostexpertin Laurie Mylroie vom neokonservativen American Enterprise Institute eine besonders wichtige Rolle bei der Fundierung dieser Verdächtigungen.

Der Verweis auf den Irak gründete sich auf die Auffassung von Terrorismus als staatlich gesponserten Stellvertreterkrieg – ein Vorwurf, den viele Neokonservative in den 1980er Jahren gegenüber der Sowjetunion erhoben hatten; nun galt ihr Hinweis einem „Nexus“ zwischen Terroristen und „Schurkenstaaten“. Dieses Bedrohungsszenario war deshalb so brisant, weil angeblich die Möglichkeit bestand, dass der irakische Diktator „Massenvernichtungswaffen“ an die Terroristen weitergeben könnte. Innerhalb der Neokonservativen waren auch viele fest davon überzeugt, dass der Irak aktiv in den 11.

September 2001 und das vorangegangene Attentat auf das World Trade Center (1993) verwickelt gewesen sei. In diesem Zusammenhang erfüllte eine Publikation der Nahostexpertin Laurie Mylroie vom American Enterprise Institute (Study of Revenge: Saddam Hussein's War against America, 2000) eine besonders wichtige Rolle bei der Fundierung dieser Verdächtigungen. In dieser Hinsicht lässt sich Mylroies Buch mit Claire Sterlings „The Terror Network“ vergleichen: Auch hier geht es um die „Enthüllung“ einer angeblich „unbequemen“ Wahrheit – ein Staat, also der Irak Saddam Husseins – stecke hinter der terroristischen Bedrohung Amerikas. Dabei war Mylroie noch in den 1980er Jahre eine Apologetin des irakischen Regimes gewesen: In einem Essay für „The New Republic“ („Back Iraq: It's Time for a U.S. Tilt“, 1987) hatte sie gemeinsam mit Daniel Pipes für die militärische Unterstützung des Iraks im ersten Golfkrieg plädiert: „Helping Iraq militarily may offer the best way for Washington to regain its position in Teheran.“ Diese Einstellung änderte sich radikal nach der irakischen Invasion von Kuwait (1990). Während sich die Krise bis zum Krieg hin zuspitzte, schrieb Mylroie gemeinsam mit der Journalistin Judith Miller von der „New York Times“ einen viel beachteten Bestseller über den irakischen Diktator. Und nach dem Bombenanschlag auf das World Trade Center (1993) stellte Mylroie das Regime von Saddam Hussein als die ultimative Bedrohungsquelle für die Vereinigten Staaten dar. Der Chef der Attentäter, der Kuwaiti Ramzi Yousef, sei in Wirklichkeit ein Agent des irakischen Geheimdienstes gewesen, lautete das Herzstück ihrer Argumentation. Sie stützte sich dabei auf die Ermittlungsakten des FBI, dessen New Yorker Bürochef, Jim Fox, von einer solchen irakischen Spur überzeugt gewesen war, jedoch kein politisches Gehör gefunden hatte.

Die These, wonach Saddam Hussein aus Rachegehlüsten einen internationalen Terrorkrieg gegen die USA führte, gipfelte in dem Buch „Study of Revenge“. Darin wurde der rechtsextreme Bombenattentäter von Oklahoma 1995, Terry Nichols, mit der antiamerikanischen Terrorstrategie der Iraker ebenso in Zusammenhang gebracht, wie der Anschlag auf eine US-Militärbasis in Saudi-Arabien 1996. Im Kern ging es Mylroie darum, zu belegen, dass es sich bei der terroristischen Bedrohung um eine Neuauflage des gesponserten Terrors aus den 1980er Jahren handle. Deshalb seien direkte Militärschläge gegen die staatlichen Unterstützer das effektivste Mittel zur Bekämpfung, weil die Terroristen ohnehin nur eine Tarnung für die Ambitionen ihrer Auftraggeber darstellen würden. Die Forscherin war überzeugt, dass Saddam Hussein praktisch hinter allen antiamerikanischen Terrorakten der 1990er Jahre stand. Seitens der Neokonservativen fanden diese Ausführungen große Beachtung. Richard Perle pries das Buch als „hervorragend und überzeugend“. Die Autorin gab selber zu, dass Paul Wolfowitz einen „gewichtigen Beitrag“ beim Entstehen geleistet habe. Jedenfalls war Mylroie seitdem für das Pentagon als Terrorismus-Beraterin tätig.

Nach 9/11 ließ die Forscherin keinen Zweifel daran, wen sie für den Anschlag verantwortlich hielt: „Das wurde in Zusammenarbeit mit dem irakischen Geheimdienst gemacht. Osama Bin Laden könnte auch darin verwickelt sein, aber der irakische Geheimdienst steckt dahinter. Die Logistik, die für einen solchen

Anschlag notwendig ist, können ‚lose‘ freischwebende Terrorgruppen nicht haben. Hinter diesen Gruppen, ob das nun Osama Bin Laden ist, stehen mit größter Wahrscheinlichkeit Staatsorganisationen.“ Wie sehr diese Idee das neokonservative Establishment durchdrungen hatte, wurde deutlich, als der Counterterrorism-Berater Richard Clarke versuchte, der gerade ins Amt gekommenen Bush-Regierung eine Vorstellung von der Gefährlichkeit von Al-Qaida zu vermitteln, damit aber auf „taube Ohren“ gestoßen. Paul Wolfowitz wiegelte mit dem Hinweis auf „irakischen Terrorismus“ ab und berief sich damit auf Mylroies Buch: „You give Bin Laden too much credit. He could not do all these things like the 1993 attack on New York, not without a state sponsor.“ Nach der amerikanischen Invasion und dem Sturz Saddam Husseins (2003) bekundete Mylroie gegenüber „Newsweek“ Genugtuung über den Gang der Ereignisse: „I take satisfaction that we went to war with Iraq and got rid of Saddam Hussein. The rest is details.“ Im Juli 2003 publizierte sie „Bush vs. the Beltway: How the CIA and the State Department tried to stop the War on Terror“, eine Abrechnung mit moderaten Stimmen innerhalb der Administration. Angeblich hätten diese bewusst unterdrückt, dass es sich beim Chefplaner des 11. Septembers, Kahlid Scheich Mohammed, wie bei seinem Neffen Ramzi Yousef, um einen irakischen Agenten gehandelt habe. Als dann keine Beweise, weder für die Existenz von Massenvernichtungswaffen noch für eine irakische Verwicklung in 9/11, gefunden werden konnten, fragte Peter Bergen nicht umsonst polemisch: „Did one woman’s obsession take America to war?“ polemisch fragte: „Hat die Obsession einer Frau Amerika in den Krieg geführt?“

Wie schon während der Konfrontation mit dem Sowjetkommunismus wird der „War on Terror“ als Großauseinandersetzung zwischen einer totalitären Bedrohung, in diesem Fall ein „pervertierter“ Islam, und dem demokratisch, pluralistischen Westen interpretiert. Im Streben nach moralischer „Eindeutigkeit“ wird diese Auseinandersetzung als Neuauflage des Kampfes Amerikas gegen die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts festgeschrieben. Nach Nationalsozialismus und Kommunismus wird nun der radikale Islamismus mit dem „Bösen“ gleichgesetzt und in einem „Vierten Weltkrieg“ zu besiegen gilt. Differenziert wird nicht weiter, ob Hamas, Hisbollah, Islamischer Jihad oder Al-Qaida – alle diese Gruppen sind Ausprägungen ein und desselben Hasses auf den „Westen“ und Amerika an sich. Der Feind ist eine globale Bedrohung der westlichen Demokratie mit dem Ziel, die Zivilisation des Westens umzustürzen und nach dem Vorbild islamischer Gesellschaften umzugestalten. In diesem Sinne sei der radikale Islamismus mit Faschismus und Kommunismus gleichzustellen. Mit diesen Welteroberungsideologien teile er nämlich dieselbe „totalitäre“ Grundausrichtung, d.h. es wird eine völlige Unterwerfung unter Glaubensgrundsätze und Herrschaftspraxis postuliert; die westliche Lebensweise wird als „unmoralisch“, „materialistisch“ und „dekadent“ abgelehnt, genauso wie Freiheit, Individualismus, Menschenrechte, Liberalismus, usw. Weitere Parallelen finden sich im Antisemitismus, einer Verherrlichung von Gewalt („Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“) und den hierarchischen Organisations- und Machtstrukturen.

Von Kommentatoren, Kolumnisten und anderen Meinungsbildnern in den USA wie in Europa wurde in diesem Zusammenhang seit 2001 der Begriff „Islamofaschismus“ geprägt: „Nennen wir's nicht ‚Islamismus‘ oder ‚Dschihadismus‘, sondern ‚Faschismus‘ ohne Duce oder Führer“ (Jost Joffe); „The bombers of Manhattan represent fascism with an Islamic face“ (Christopher Hitchens); „In militant Islam, we face an aggressive ideology of world domination. Like communism, this ideology perverts the language of justice and equality to justify oppression and murder. Like Nazism, it exploits the injured pride of once mighty nations. Like both communism and Nazism, militant Islam is opportunistic – it works with all manner of unlikely allies [...]“ (David Frum und Richard Perle).

Exemplarisch in dieser Hinsicht ist die Argumentation des liberalen Kommentatoren Paul Berman: Seine zentrale These ist, dass der Konflikt zwischen freiheitlicher Demokratie und Islamismus die früheren Kriege zwischen freiheitlicher Demokratie und anderen Formen des Totalitarismus perfekt widerspiegeln: „Es war ein Ereignis im Stil des zwanzigsten Jahrhunderts. Es war der Krieg zwischen freiheitlicher Demokratie und den apokalyptischen und gespensterhaften Bewegungen, die sich seit den Katastrophen des Ersten Weltkriegs gegen die freiheitliche Zivilisation erhoben haben.“ Nazis, Faschisten, Kommunisten und Islamisten wären durch ihre Feindschaft gegenüber der liberalen Demokratie vereint. Die Nazis hätten den Zweiten Weltkrieg als Kampf zwischen einer überlegenen Rasse und minderwertigen Mischlingsrassen dargestellt. Die Sowjets sahen im Kalten Krieg einen Schlagabtausch zwischen Proletariern und den bürgerlichen Ausbeutern. Die „Dschihadi-Krieger“ im Islamismus wehrten sich gegen das Eindringen von kulturellen Einflüssen und Ideen, die den Islam „auszurotten“ drohten. „Die Einheit des Menschengeschlechts, die Herrschaft von Reinheit und des Ewigen – diese Ziele waren außer Reichweite in jedem herkömmlichen oder realen Sinn. Aber Reinheit und Ewigkeit waren in Gestalt des Massentods leicht zu verwirklichen“. Ob rot, braun oder schwarz – sie alle würden den Umrissen eines „einzigen Urmythos“ folgen – dem Kampf zwischen einem auserwählten Volk und der „Großen Hure Babylon“. Das Proletariat (für Bolschewiken und Stalinisten), die „Kinder der Kapitolschen Wölfin“ (für Mussolinis Faschisten), die „Krieger von Christus“ (von Francos Falange) und die arische Rasse (für die Nazis) – diese „auserwählten Völker“ würden durch die „satanischen Kräfte“ der „subversiven Bewohner Babylons“ – worunter Bergman Feindbilder wie die Bourgeoisie, Kulaken, Freimaurer und Juden versteht – bedrängt, weshalb es die Gesellschaft von diesen „Verschmutzern“ zu „reinigen“ gelte.

Diese totalitären „Etikettierung“ erregte natürlich auch viel Widerspruch: Beispielsweise nannte Stefan Durand den Islamismus ein „neues und andersartiges zeitgenössisches Phänomen“ als den Faschismus: Zwar würden sich verwandte Elemente entdecken lassen, „in der Regel fehlen aber alle anderen Merkmale, die als Grundzüge des Faschismus gelten, wie der expansionistische Nationalismus, der Korporatismus, die Bürokratie oder der Körperkult.“ Die Konstruktion des „Islamofaschismus“ lasse sich also nicht wissenschaftlich rechtfertigen, sondern sei viel mehr politisch motiviert: „Dutzende disparater

und oft auch untereinander zerstrittener Bewegungen, die ganz verschiedene Ziele verfolgen, allesamt als Islamofaschismus zu bezeichnen, macht es möglich, den Mythos einer weltweiten islamischen Verschwörung zu erschaffen.“ Eben wegen dieser semantischen Schärfe wurde der Begriff schließlich auch von der Bush-Administration übernommen: Zuvor hatte dieser den Feind abwechselnd als „evildoers“, „jihadists“, „Islamic extremists“ und „Al Qaeda suiciders“ bezeichnet. „But no phrase has crashed and burned so fast as the president’s most recent entry into the foreign policy lexicon: Islamic fascists or, Islamofascism“, meinte die „New York Times“. Im August 2006, kurz nach der Aufdeckung des „Liquid bombs-plot“ in London, hatte Bush erklärt: „This nation is at war with Islamic fascists who will use any means to destroy those of us who love freedom, to hurt our nation.“ Danach verschwand die Phrase wieder aus der präsidentiellen Rhetorik, vor allem aus Rücksicht darauf, dass die Verwendung eines religiösen Begriffs „falsch“ interpretiert werden könnte, weshalb auch die „New York Times“ zu wissen glaubte: „Islamofascism had its moment.“

4. Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde die Rolle von Akademikern, Intellektuellen, Kommentatoren bei der Konstruktion von „Terrorismus“ und Antiterrorstrategien, im Wesentlichen zugeschnitten auf den US-amerikanischen Diskurs, untersucht. Die These von der argumentativen und ideologischen Nähe in der Terrorismus-Interpretation in den 1980er Jahren und seit 2001 hat sich bestätigt. Bis zum Umbruch von 1989 hatte die Blockkonfrontation des Kalten Krieges die wichtigste Folie für Analyse, Forschung und Interpretationsmuster seitens der „Terrorismusindustrie“ gebildet. Die Experten der regierungsnahen Think Tanks gingen von der Prämisse aus, dass ein „subversiver Krieg“ gegen die westlichen Demokratien im Gange sei, dessen omnipotente Befehlszentrale in Moskau liege. Ab den 1990er Jahren dominierten alarmierende Warnungen vor der Bedrohung durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und terroristischen „Schurkenstaaten“. Nach dem 11. September 2001 sollten vor allem die neokonservative Denkschule und Verbündete innerhalb der republikanischen Partei mit ihrer spezifischen Sichtweise auf Terrorismus und den sich daraus ergebenden Gegenmaßnahmen, die Richtung der US-Politik maßgeblich festlegen und innerhalb des Terrorismusdiskurses Deutungshoheit erreichen.

Wodurch zeichnen sich nun die Gemeinsamkeiten in der Auslegung von Terror- und Antiterror durch die „Terrorismusindustrien“ in den 1980er Jahren und während der post-9/11-Periode aus? Zunächst einmal gilt der Terrorismus als kein eigenständiges Phänomen, sondern bedarf der klandestinen Unterstützung und Fundierung durch einen staatlichen Sponsor. Diese Annahme kommt einem Grundkonsens der konservativen und neokonservativen Meinungseliten gleich, der über Jahrzehnte nicht verändert hat. Während diese Perspektive in den 1980er Jahren, vor allem in Bezug auf den arabischen Terrorismus durchaus eine Berechtigung hatte, ignoriert die gegenwärtige Festlegung jüngere Entwicklungstendenzen des Terrorismus: Die neuen Gruppen benötigen keinen Sponsor mehr; sie arbeiten in netzwerkartigen

Strukturen ohne klare Hierarchien zusammen. Ihr Vorgehen lässt sich durch militärischen Druck auf einen angeblichen Sponsor nicht mehr beeinflussen, was insofern ein ungelöstes Problem darstellt, weil die westliche Verteidigungsarchitektur auf die Bekämpfung eines nicht-staatlichen Gegners nicht genug ausgerichtet ist. Dafür bot das Modell des staatlich gesponserten Terrorismus aus den 1980er Jahren die Möglichkeit, die neue Bedrohung durch einen im Grunde transnationalen Terrorismus in bereits vorhandene Interpretationsmuster einzuordnen, um eine konventionelle Reaktion – also militärische Gewalt gegen einen ausmachbaren, staatlichen „Sponsor“ – zu rechtfertigen.

Eine zweite Parallele besteht in der konsequenten Ideologisierung, was den Gegner, seinen Charakter und seine Ziele betreffen, um so für die Öffentlichkeit eine moralische Eindeutigkeit nach dem „Gut/Böse“-Schemata herstellen zu können. Im Zuge dessen werden die Folien der weltanschaulichen Auseinandersetzung im Kalten Krieg – der Kampf des „freiheitlichen“ Westens gegen das totalitäre Reich des „Bösen“ – auf den Krieg gegen den Terrorismus übertragen. Als Konsequenz ergeben sich daraus grobe Verzerrungen, eine „Monolithisierung“ der Bedrohung und auch in gewisser Form eine Aufwertung des Gegners. Die Journalisten David Martin und John Walcott kamen in ihrer Analyse der Antiterrorpolitik der Reagan-Administration überhaupt zum Schluss, diese habe den Terrorismus mit dem Kommunismus verwechselt: „From the very first dispute over the Soviet role in terrorism, the Reagan administration confused the war against terrorism and the war against Communism. Alexander Haig worried about Soviet bases in Libya, and William Casey was afraid that the Kremlin would take over Iran. The confusion, compound by emotion and frustration, made terrorism into something it wasn't.” Und Fareed Zakaria warnte angesichts der „totalitären“ Kennzeichnung des radikal-islamistischen Terrorismus durch die präsidentielle Rhetorik davor, dass man daran sei, einen strategischen Fehler des Kalten Krieges zu wiederholen: Einen im Grunde fraktionierten und höchst widersprüchlichen Feind zu einer übergroßen, monolithischen Bedrohung zusammen zu konstruieren.

Was nun die strategischen Optionen angeht, die die Terrorismusindustrie für die Politik präsentiert, so sind diese über die Zeiten relativ unverändert geblieben: Terrorismus wird als eminente Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen und soll daher nicht mit den Instrumentarien der Verbrechensbekämpfung und schon gar nicht mithilfe von diplomatischen und internationalen Vereinbarungen angegangen werden. Neokonservative und konservative Meinungseliten sind der Ansicht, dass nur der überwältigende Einsatz des US-Militärs ein probates Mittel darstellt und zwar schon bevor sich Bedrohungen überhaupt abzeichnen.

Insgesamt läuft diese Konzeption für die aktive Anwendung amerikanischer Hegemonie in der Welt hinaus: Die USA sollen sich ein internationales Umfeld schaffen, von dem keine Bedrohung mehr ausgehen kann – und hierfür seien der Export von Demokratie, Freiheit und amerikanischen Werten die beste Versicherung. Solch weitgehende Konzeptionen konnten in den 1980er Jahren nicht einmal

ansatzweise umgesetzt werden, erst die Terroranschläge des 11. September 2001 schufen die notwendige Offenheit und Akzeptanz für diese Ideen. Der „War on Terror“ in dieser Form wäre ohne diese intellektuelle Vorarbeit kaum vorstellbar gewesen, was abschließend auch eine Dimension der Verantwortlichkeit von Meinungseliten für reale Entwicklungen schafft